



RIAS Baden-Württemberg
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus



Jahresbericht

Antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg 2025

Inhalt

Vorwort	4
1. Einleitung	6
2. Über RIAS Baden-Württemberg	8
3. Begrifflicher Rahmen und Kategorien	10
4. Zusammenfassung der Ergebnisse	14
5. Statistik auf einen Blick	16
6. Befunde und Beispiele: Antisemitismus in Baden-Württemberg im Jahr 2025	22
6.1 Vorfalltypen	23
6.2 Erscheinungsformen von Antisemitismus	31
6.3 Politisch-weltanschauliche Hintergründe	40
6.4 Themenschwerpunkt Versammlungsgeschehen	44
6.5 Themenschwerpunkt Bildungseinrichtungen	50

Vorwort

Seit Januar 2025 gibt es nun auch in Baden-Württemberg eine Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, kurz RIAS Baden-Württemberg, in Trägerschaft des Bundesverbands RIAS. Das drittgrößte Bundesland Deutschlands in Fläche und Bevölkerung ist damit das zwölfte, in dem eine RIAS-Meldestelle vor Ort arbeitet. Auch hier ist Antisemitismus ein alltagsprägendes Phänomen für Jüdinnen:Juden, weshalb die jüdischen Landesverbände, Gemeinden und Studierendenverbände die Einrichtung der Meldestelle tatkräftig unterstützten. Bei ihrer Arbeit kann RIAS Baden-Württemberg zudem auf die Unterstützung aller demokratischen Parteien, der Landesregierung und insbesondere des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, bauen. RIAS Baden-Württemberg ist im Demokratiezentrum Baden-Württemberg angesiedelt.

Im Jahr 2021 veröffentlichte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS) die Problembeschreibung Antisemitismus in Baden-Württemberg. Nicht zuletzt deren Ergebnisse zeigten der Öffentlichkeit eindringlich die Notwendigkeit einer Meldestelle im Bundesland auf.¹

RIAS Baden-Württemberg ist eine zivilgesellschaftliche Meldestelle mit niedrigschwelligen Angeboten zur Meldung antisemitischer Vorfälle im Bundesland. Damit stellt sie eine notwendige Ergänzung zur einstellungsbezogenen Antisemitismusforschung und zu den amtlichen Polizeistatistiken dar. Dass eine weitere Aufhellung des Dunkelfeldes strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle dringend geboten ist, zeigt die Zahl der Meldungen, die RIAS Baden-Württemberg bereits im ersten Jahr ihrer Arbeit erhalten hat.

1 Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: Antisemitismus in Baden-Württemberg (2021), <https://www.report-antisemitism.de/documents/Problembeschreibung%20-%20Antisemitismus%20in%20Baden-Württemberg%20-%20Bundesverband%20RIAS.pdf>

Die Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle ist kein Selbstzweck, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag „zur Antisemitismus Prävention und Bekämpfung“ in Baden-Württemberg. Das Ziel der Meldestelle ist es, jüdische Erfahrungen und Perspektiven sichtbar zu machen sowie Politik und Öffentlichkeit für diese und jede Form von Antisemitismus zu sensibilisieren. RIAS Baden-Württemberg ist eine wichtige Säule der Aufklärung, was die Prävention und Intervention gegen Antisemitismus im gesellschaftlichen Alltag betrifft.

In Baden-Württemberg haben Betroffene von Antisemitismus eine Meldung jahrelang gar nicht in Betracht gezogen. Die Arbeit der neuen Meldestelle hat zum Ziel, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle zu erhellen. Sie zielt darauf ab, Vertrauen in die zivilgesellschaftlichen Melde- und Unterstützungsangebote herzustellen. Die Erfahrungen anderer RIAS-Meldestellen zeigen, dass dies ein mehrjähriger Prozess ist

Ich nehme mich der Arbeit mit den jüdischen Gemeinden persönlich an. Wir besuchen alle Gemeinden in Baden und Württemberg vor Ort, um die Vertretungen und Mitglieder kennenzulernen und deren Perspektiven zu hören. Sie teilen ihre Erfahrungen mit uns und berichten uns von den Herausforderungen vor Ort. Wir eröffnen dadurch die Kommunikation und erleichtern den Meldeweg. So wollen wir die jüdischen Gemeinden stärken und das Dunkelfeld erhellen.

Dr. Robert Ogman
Projektleiter RIAS Baden-Württemberg

1. Einleitung

Antisemitismus stellt auch im 21. Jahrhundert eine persistente gesellschaftliche Herausforderung dar, die sich in ganz verschiedenen sozialen, politischen und kulturellen Kontexten manifestiert. Antisemitismus wird dabei als eine Ideologie und Welterklärung verstanden, die sich gegen Jüdinnen:Juden richten kann. Er umfasst Vorurteile, Stereotype und Feindbilder, die sich in diskriminierenden, ausgrenzenden und gewaltförmigen Praktiken äußern können. Antisemitismus kann offen auftreten, beispielsweise in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder körperlicher Gewalt, oder sich subtiler artikulieren, etwa durch Verschwörungserzählungen, in denen Jüdinnen:Juden für gesellschaftliche oder politische Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Dabei zeigt sich, dass sich antisemitische Einstellungen und Ausdrucksformen kontinuierlich wandeln und an aktuelle Debatten, Narrative und gesellschaftliche Entwicklungen anpassen. Zugleich lassen sich spezifische regionale Dynamiken beobachten, die eine differenzierte Analyse erforderlich machen.

Die neue Meldestelle RIAS Baden-Württemberg dokumentiert und analysiert antisemitische Vorfälle im Bundesland und präsentiert ihre Ergebnisse im vorliegenden Bericht für das Jahr 2025. Dabei wird das gesamte Spektrum antisemitischer Ausdrucksweisen – von offen artikulierten Formen bis hin zu subtilen Äußerungen und symbolischen Codes – berücksichtigt. Ziel des Berichts ist es, ein aussagekräftiges Bild antisemitischer Geschehnisse in Baden-Württemberg zu zeichnen und damit

einen Beitrag zum besseren Verständnis aktueller Erscheinungsformen von Antisemitismus zu leisten. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Steigerung der Meldebereitschaft den Vertrauensaufbau und eine langjährige, kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Betroffenen erfordert.

Vorausgeschickt wird in Kapitel 2 eine kurze Vorstellung von RIAS Baden-Württemberg. Kapitel 3 erläutert den begrifflichen Rahmen und die Kategorien, mit denen RIAS arbeitet. Die weiteren Kapitel bilden die Ergebnisse der Dokumentation antisemitischer Vorfälle ab. Zunächst werden sie in Kapitel 4 kurz zusammengefasst und in Kapitel 5 grafisch und tabellarisch veranschaulicht. In Kapitel 6 werden sie entlang der dokumentierten Vorfalltypen (Unterkapitel 6.1), der enthaltenen Erscheinungsformen von Antisemitismus (6.2) und der politisch-weltanschaulichen Hintergründe der Täter:innen (6.3) differenziert dargestellt. Dabei werden jeweils ausgewählte Beispiele präsentiert – durch eine Abbildung und / oder eine kurze Beschreibung des Vorfalls. Das Kapitel und der Bericht schließen mit zwei Schwerpunktanalysen: zu antisemitischen Vorkommnissen im Kontext von Versammlungen (6.4), die den Großteil aller Vorfälle ausmachen, und zu antisemitischen Vorfällen an Bildungseinrichtungen (6.5).

2. Über RIAS Baden-Württemberg

RIAS Baden-Württemberg dokumentiert antisemitische Vorfälle im Bundesland und unterstützt Betroffene. Die kontinuierliche Dokumentation und die wissenschaftliche Auswertung nach den bundesweit einheitlichen Standards des Bundesverbands RIAS zeigen ein detaillierteres Bild vom Ausmaß und von der Qualität des Antisemitismus heute auf: Wie äußert sich Antisemitismus konkret, von wem geht er aus, gegen wen richtet er sich? Der vorliegende Bericht ist somit ein wichtiger Baustein für die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus in Baden-Württemberg insgesamt.

Jüdinnen: Juden sind in Baden-Württemberg regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Da bisher kein quantitatives und qualitatives Lagebild zu Antisemitismus im Bundesland vorlag, blieben diese Anfeindungen zumeist verborgen. Im Januar 2025 nahm RIAS Baden-Württemberg die Arbeit als Meldestelle auf und begann, dieses Dunkelfeld auszuleuchten, Antisemitismus sichtbar zu machen und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. Dokumentiert werden Vorfälle aus sämtlichen politisch-weltanschaulichen Spektren. Auch Vorfälle, die keinen Straftatbestand erfüllen, werden registriert. Deren Ausmaß ist der Öffentlichkeit zumeist unbekannt. Aber auch strafbare antisemitische Diskriminierungen und Angriffe bleiben der Öffentlichkeit meistens verborgen, etwa wenn Betroffene keine Anzeige erstatten oder wenn Vorfälle polizeilich nicht entsprechend kategorisiert werden. RIAS Baden-Württemberg arbeitet parteilich und orientiert sich an den Wahrnehmungen und Bedürfnissen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und jener, die antisemitische Vorfälle als Zeug:innen miterlebt haben. Je nach persönlichem Bedarf und auf Wunsch der Meldenden können im Rahmen einer Verweisberatung Angebote zur psychosozialen und juristischen Beratung des Kooperationspartner OFEK Baden-Württemberg, die Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung vermittelt werden.

Eine zentrale Aufgabe von RIAS Baden-Württemberg ist der Aufbau und die Pflege eines landesweiten Meldenetzwerks, das in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen entsteht. Die Meldestelle verfolgt damit das Ziel, das Meldeverhalten der Betroffenen und Zeug:innen von Antisemitismus zu verbessern, um das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus im Alltag sichtbar zu machen. Antisemitische Erfahrungen an eine zivilgesellschaftliche Stelle zu melden, ist eine Form des Widerstands die für viele Jüdinnen:Juden neu ist und sich als Routine erst etablieren muss. Dies gelingt nur, wenn Meldende das Angebot wiederholt als Stärkung empfinden und sich davon berichten und darüber hinaus über mehrere Jahre die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den jüdischen Religionsgemeinschaften gepflegt wird.

Um die Gesellschaft für Antisemitismus zu sensibilisieren, berichtet RIAS Baden-Württemberg regelmäßig über antisemitische Vorfälle im Bundesland. In Absprache mit den Betroffenen werden einzelne Vorfälle in Publikationen, Fachvorträgen und auf den Social-Media-Kanälen der Meldestelle veröffentlicht. Dabei entscheiden allein die Betroffenen, wie mit ihren Informationen verfahren wird. Zudem steht RIAS Baden-Württemberg in einem kontinuierlichen Austausch mit verschiedenen Behörden und macht politische und mediale Akteur:innen auf die Perspektiven der Betroffenen aufmerksam, um so Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse anzustoßen.

Antisemitische Vorfälle werden der Meldestelle RIAS Baden-Württemberg auf unterschiedlichen Wegen bekannt. Neben der Meldeseite www.report-antisemitism.de ist RIAS Baden-Württemberg per E-Mail, Telefon und Post erreichbar, um antisemitische Vorfälle aufzunehmen. Darüber hinaus steht die Meldestelle im Austausch mit Kooperationspartnern sowie weiteren Beratungs- und Meldestellen, um an relevante Informationen zu gelangen. Hierzu zählen Gedenkstätten, OFEK Baden-Württemberg und REspect! im Netz. Weitere Hinweise zu antisemitischen Vorfällen erhält die Meldestelle aus Presseberichten und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines proaktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum, das RIAS Baden-Württemberg und Partnerorganisationen betreiben, werden antisemitische Vorfälle bekannt. Es wurde 2025 kein systematischer Abgleich mit der Polizeistatistik oder den Schulbehörden durchgeführt.

3. Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Baden-Württemberg bekannt werden, werden durch zwei Mitarbeitende im Austausch mit den Meldenden verifiziert und anschließend systematisch erfasst. Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese haben zivilgesellschaftliche Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert. Darüber hinaus verwendet RIAS zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.² RIAS analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien, unter anderem Vorfalltypen, Betroffene, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

Vorfalltypen

Je nach Art und Schwere des Vorfalls unterscheidet RIAS sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese hatte ursprünglich der Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt. Der Bundesverband RIAS verwendet eine von RIAS Berlin im Jahr 2016 für den deutschen Kontext angepasste Version, welche die Grundlage für die Dokumentation der regionalen RIAS-Meldestellen ist.

Als *extreme Gewalt* gelten (auch versuchte) physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben (können) oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse. Als *Angriffe* werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese

² Zu den Definitionen und Arbeitsweisen siehe: „Arbeitsweisen des Bundesverbands RIAS e.V.“, Bundesverband RIAS, <https://report-antisemitism.de/arbeitsweisen/>.

Kategorie beinhaltet auch versuchte physische Angriffe. Unter einer *gezielten Sachbeschädigung* versteht RIAS die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, etwa von Gedenkstätten, Gedenktafeln oder Stolpersteinen.

Als *Bedrohung* gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Der Vorfalltyp *verletzendes Verhalten* beinhaltet sämtliche antisemitischen Äußerungen. Dies gilt auch für Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt eine konkrete Person oder Institution adressieren. Auch Beschädigungen oder das Beschmieren nichtjüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen (zum Beispiel in Form von Plakaten oder Aufklebern) gelten als verletzendes Verhalten. Als *Massenzuschriften* erfasst RIAS antisemitische Zuschriften, die sich – meist online – an einen größeren Kreis von Personen richten.

RIAS Baden-Württemberg beobachtet zudem auch proaktiv *Versammlungen*, bei denen antisemitische Äußerungen zu erwarten sind. Stellt sie dabei in Aufrufen, Reden oder Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten antisemitische Inhalte fest, dokumentiert sie diese zusammengefasst als einen antisemitischen Vorfall des Typs „verletzendes Verhalten – Versammlungen“. Ereignen sich bei oder am Rande einer solchen Versammlung antisemitische Angriffe oder Bedrohungen, so werden diese jeweils als zusätzliche antisemitische Vorfälle dokumentiert. RIAS Baden-Württemberg betreibt Versammlungsmonitoring mittels Social Media und durch ein Presse-Monitoring.

Betroffene

RIAS unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen *Einzelpersonen* und Institutionen. Neben Jüdinnen:Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen, beispielsweise Journalist:innen oder Politiker:innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein. Bei betroffenen *Institutionen* kann es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften oder Vereine, aber auch um israelische Einrichtungen handeln. Zum anderen können auch nichtjüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene beziehungsweise adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene. Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen *keine direkten Betroffenen* zugewiesen werden. Dies ist etwa der Fall bei antisemitischen Schmierereien,

Aufklebern und Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Beim *antisemitischen Othering* werden Betroffene (zum Teil fälschlicherweise) als jüdisch markiert – beispielsweise durch die Nutzung von „Jude“ als Schimpfwort – oder als nicht zugehörig zu einer imaginierten Wir-Gruppe adressiert. *Antijudaistischer Antisemitismus* umfasst religiös begründete antisemitische Stereotype, aber auch antisemitische Ressentiments gegen das Judentum als Religion. Wird Jüdinnen:Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen antisemitischer Verschwörungsmythen, so ordnet RIAS dies dem *modernen Antisemitismus* zu. *Post-Schoa-Antisemitismus* umfasst Bezugnahmen auf die nationalsozialistischen Massenverbrechen, die diese befürworten, leugnen oder relativieren, sowie Aussagen, in denen eine Ablehnung der Erinnerung an diese Verbrechen zum Ausdruck kommt. *Israelbezogener Antisemitismus* liegt vor, wenn Aussagen in antisemitischer Form den Staat Israel thematisieren, etwa wenn eine Vernichtung Israels gefordert oder mit dieser gedroht wird. In der Praxis ordnet RIAS einen antisemitischen Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zu. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der Zuordnungen zu Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS ordnet antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zu. Diese Zuordnung erfolgt jedoch nur, wenn sich der Hintergrund eindeutig ergibt – entweder aus dem Vorfall selbst (etwa aufgrund einer Selbstbezeichnung der Täter:innen), aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen (etwa wenn diese bestimmte religiöse Glaubensinhalte umfassen) oder aus dem Kontext der Situation (beispielsweise Vorfälle im Kontext einer bestimmten Versammlung). Da die entsprechenden Informationen nicht immer vorliegen, kann RIAS viele antisemitische Vorfälle keinem Hintergrund zuordnen.

Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Jeder Vorfall kann nur einem solchen Hintergrund zugeordnet werden. Als *rechtsextrem* kategorisiert RIAS antisemitische Vorfälle, die im Zusammenhang mit Parteien oder Gruppen stehen, die von (Ordnungs-)Vorstellungen einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), vom Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“)

und von der Unterordnung des Individuums unter diese konstruierte Gemeinschaft geprägt sind. Als *links-antiimperialistisch* klassifiziert RIAS antisemitische Vorfälle, die mit linken Positionen verbunden sind oder bei denen ein Bezug auf linke Traditionen wie den (befreiungsnationalistischen) Antiimperialismus feststellbar ist. Den Hintergrund *christlich/christlicher Fundamentalismus* ordnet RIAS antisemitischen Vorfällen zu, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind. Das schließt fundamentalistische Spielarten des Christentums mit ein. Diese Zuordnung aufgrund von Glaubensinhalten erfolgt nur, wenn kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Dasselbe gilt für den Hintergrund *islamisch/islamistisch*. Hierunter fasst RIAS antisemitische Vorfälle, die sich positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken beziehen. Das schließt Bezugnahmen auf unterschiedliche Islamverständnisse mit ein, darunter auch islamistische. Einem *verschwörungs-ideologischen Hintergrund* ordnet RIAS antisemitische Vorfälle von Akteur:innen zu, deren Weltbild vom Glauben an Verschwörungsmythen geprägt ist. Die konkreten Mythen sind dabei austauschbar. Den Hintergrund *antiisraelischer Aktivismus* dokumentiert RIAS bei antisemitischen Vorfällen von Akteur:innen, deren politisches Agieren von ihrer feindlichen Haltung gegenüber Israel dominiert ist. Dabei können sich Versatzstücke unterschiedlicher anderer politisch-weltanschaulicher Hintergründe miteinander verbinden. Das kann beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen oder Unterstützer:innen antisemitischer Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel betreffen. Dem Hintergrund *politische Mitte* ordnet RIAS antisemitische Vorfälle zu, deren Akteur:innen sich positiv auf die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen beziehen und die für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

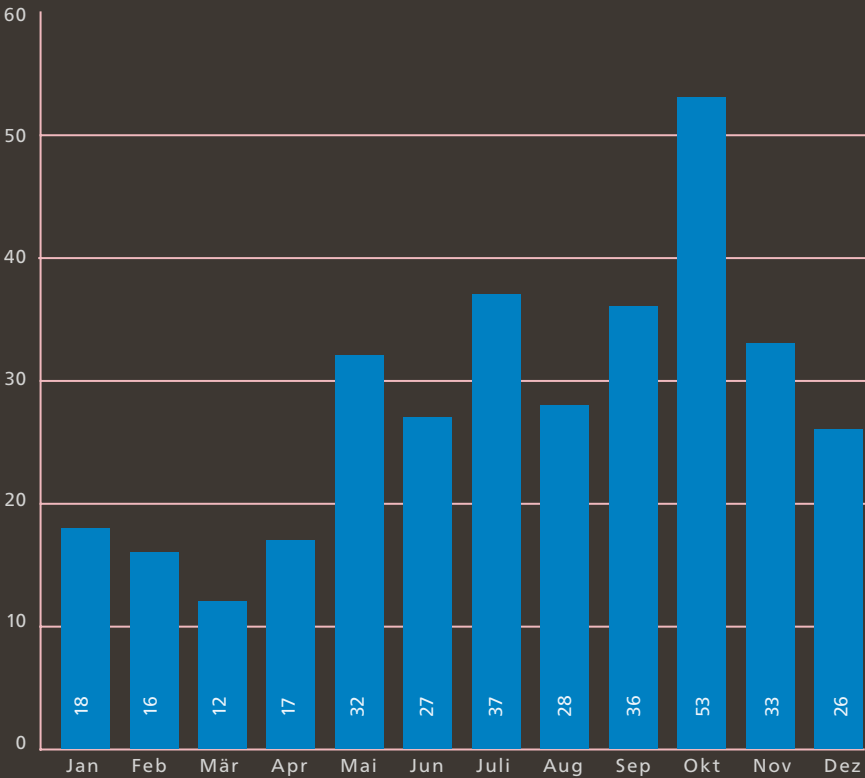
4. Zusammenfassung der Ergebnisse

- RIAS Baden-Württemberg dokumentierte im Jahr 2025 insgesamt 335 anti-semitische Vorfälle – im Schnitt 6,5 Vorfälle pro Woche oder fast täglich einen Vorfall.
- Antisemitismus zeigte sich in seiner ganzen Bandbreite: in gewaltvoller Form, wie in 16 Angriffen gegen Personen, 31 gezielten Sachbeschädigungen (etwa gegen ehemalige Synagogen, jüdische Friedhöfe und Gedenkorte) und acht Bedrohungen, aber auch in niedrigschwelliger Form, als verletzendes Verhalten wie Online-Anfeindungen, Schmierereien und Aufklebern.
- Israelbezogener Antisemitismus war mit 238 Zuordnungen die häufigste inhaltliche Erscheinungsform von Antisemitismus im Jahr 2025: Das entspricht 71 % der Vorfälle. Bei 85 Vorfällen (25 %) wurden Inhalte des Post-Schoa-Antisemitismus festgestellt.
- Bei mehr als der Hälfte der Vorfälle konnte kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden. Bei den antisemitischen Vorfällen, die RIAS eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordnen konnte, war der antiisraelische Aktivismus die häufigste Kategorie mit 29 % aller Vorfälle, gefolgt vom rechtsextremen (7 %) und vom links-antiimperialistischen (6 %) Spektrum.

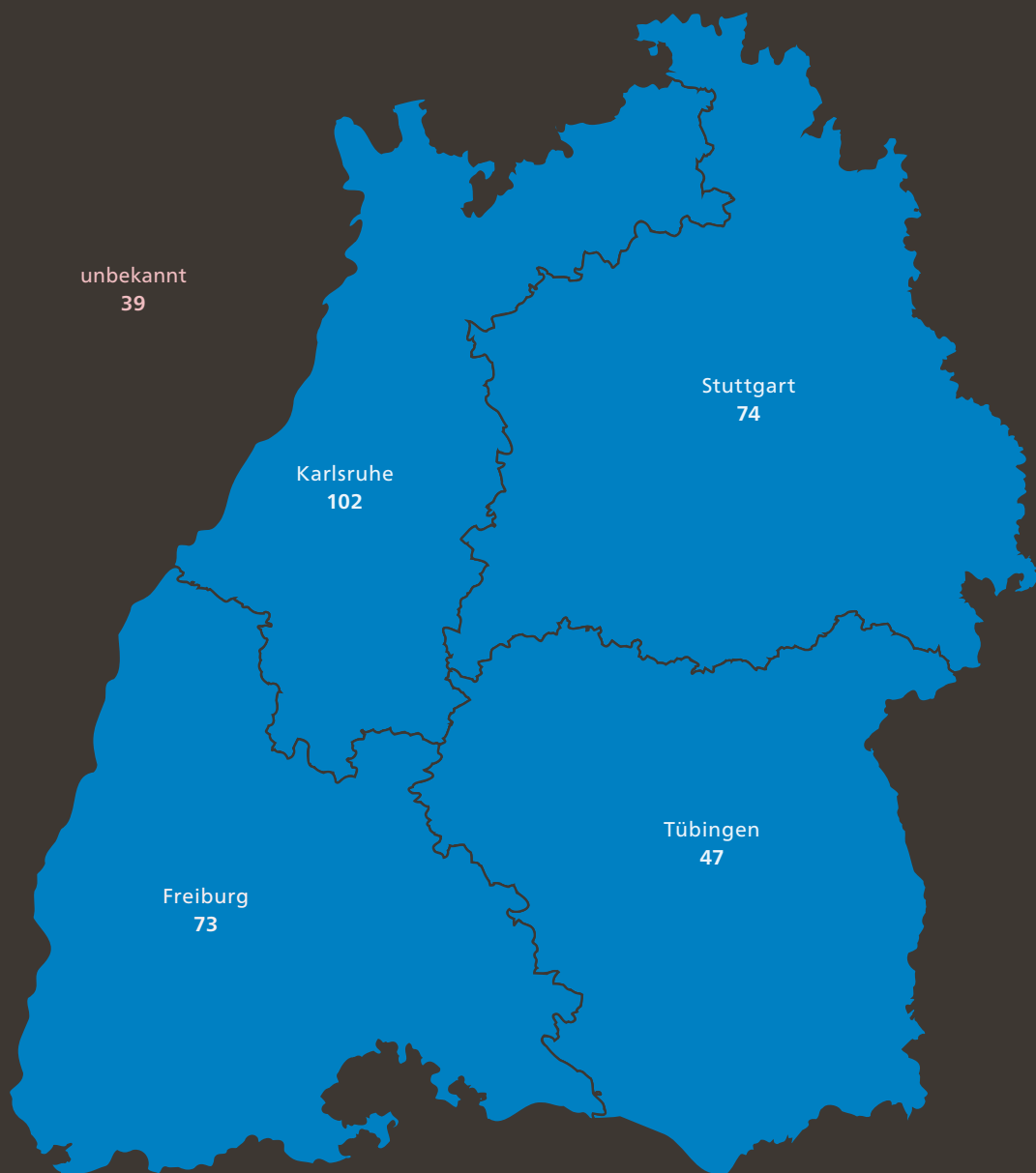
- Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen spielten bei den erfassten Vorfällen eine große Rolle: Im Jahr 2025 wurden RIAS Baden-Württemberg 115 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen oder Inhalten bekannt – durchschnittlich 2,2 pro Woche. Der Anteil dieser Versammlungen am gesamten Vorfallgeschehen beträgt 34 %. Für das Vorfallgeschehen in Baden-Württemberg sind Demonstrationen also außerordentlich relevant. Daran zeigt sich der derzeitige politische Charakter des Antisemitismus. Antisemitismus wird in solchen Fällen auf der Straße, in aller Öffentlichkeit, gezeigt und verbreitet.
- Bildungseinrichtungen und insbesondere Hochschulen spielten als Tatorte antisemitischer Vorfälle in Baden-Württemberg im Jahr 2025 eine große Rolle. 40 Vorfälle fanden an Bildungseinrichtungen statt – 60 % davon an Hochschulen.
- Antisemitismus ist für viele Jüdinnen:Juden in Baden-Württemberg alltagsprägend. Dies zeigt sich an der Verteilung der von RIAS Baden-Württemberg im Jahr 2025 erfassten Vorfälle nach Tatorten: Antisemitische Vorfälle ereigneten sich an ganz verschiedenen Orten, von denen wiederum viele im Alltag eine große Rolle spielen, zum Beispiel auf der Straße, online oder an Bildungseinrichtungen.

5. Statistik auf einen Blick

Entwicklungen im Jahresverlauf



Geografische Verteilung



Vorfalltypen antisemitischer Vorfälle

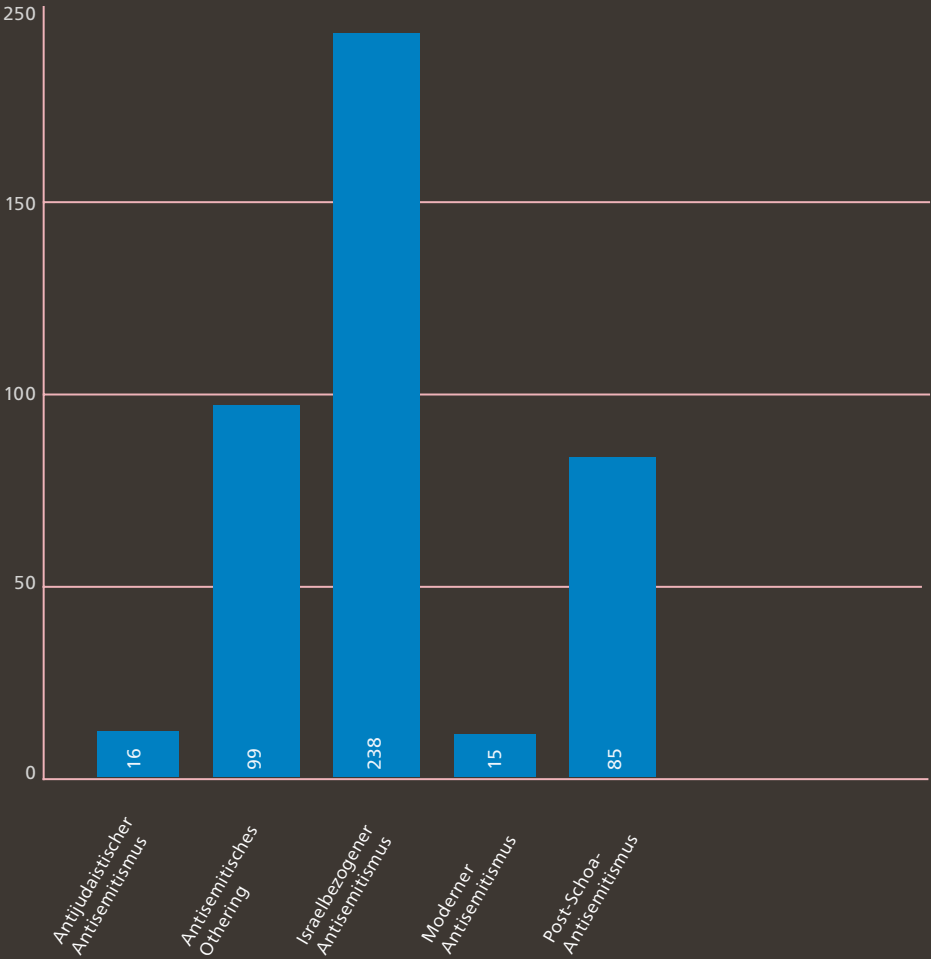
Angriff		16
Bedrohung		8
gezielte Sachbeschädigung		31
Massenzuschrift		3
Verletzendes Verhalten		277
<i>davon Versammlungen</i>		115

Tatorte antisemitischer Vorfälle

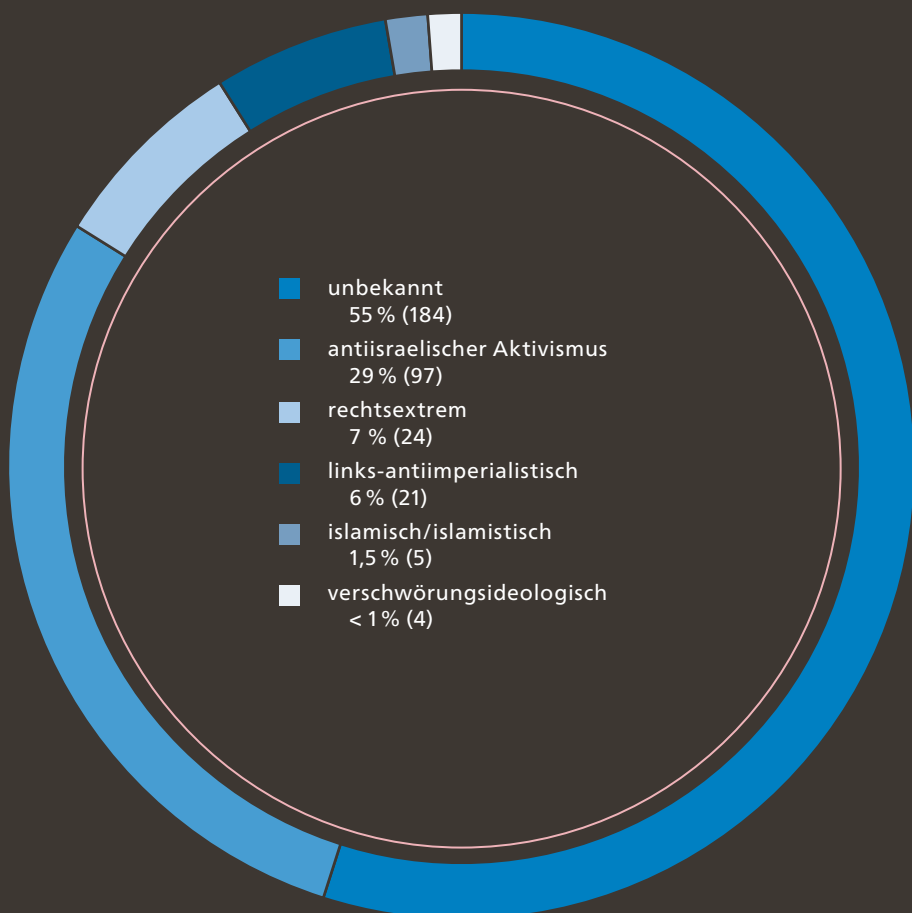
Arbeitsplatz		3
Bildungseinrichtung		40
Friedhof		2
Gastronomie		7
Gedenkort		12
Geschäftsstelle		2
Gewerbe		11
Internet		51
Kunst- /Kultureinrichtungen		4
Öffentliche Grünanlage		2
ÖPNV		13
Privatgelände		12
Stadion		4
Straße		154
Synagoge		6
unbekannt		2
Wohnumfeld		10

Erscheinungsformen antisemitischer Vorfälle

Absolute Zahl der jeweils einer Erscheinungsform zugeordneten antisemitischen Vorfälle.



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle



6. Befunde und Beispiele: Antisemitismus in Baden-Württemberg im Jahr 2025

Dieses Kapitel liefert die zentralen Ergebnisse zu den dokumentierten antisemitischen Vorfällen in Baden-Württemberg im Jahr 2025. Es vermittelt einen Überblick über Art, Umfang und Verteilung der Vorfälle, beleuchtet deren Erscheinungsformen und politisch-weltanschauliche Hintergründe und enthält entsprechende Beispiele. Zwei Schwerpunktanalysen widmen sich Vorfällen im Kontext von Versammlungen und Bildungseinrichtungen.

6.1 Vorfalltypen

Die Vorfälle, die RIAS Baden-Württemberg im Bundesland registrierte, umfassen sämtliche Vorfalltypen mit Ausnahme extremer Gewalt.

Angriffe

In 16 Fällen wurden körperliche Angriffe auf Personen dokumentiert, von denen 36 Personen betroffen waren. Das entspricht mehr als einem Angriff pro Monat. Die Angriffe waren über das ganze Jahr verteilt und kamen in allen vier Regierungsbezirken sowie in Groß- und Kleinstädten vor. Sechs Angriffe ereigneten sich auf der Straße und zwei im Wohnumfeld der Betroffenen. In diesen Fällen wurden Menschen geschubst, angespuckt, mit Flaschen beworfen oder auf den Kopf geschlagen. Die meisten dieser Vorfälle wurden der Erscheinungsform antisemitisches Otherring zugeordnet.

Kehl, 28. Juli 2025 Vor einem jüdischen Gebetsraum bespuckte ein Unbekannter vier jüdische Gemeindemitglieder und beleidigte sie mit den Äußerungen „Fuck Israel“ und „Free Palestine“. Die Betroffenen wurden mit dem Land Israel identifiziert und angegriffen.

Auch Schulen waren Tatorte von Angriffen. In beiden Fällen wurden jüdische Schüler:innen von Mitschüler:innen angegriffen, ohne dass jemand eingeschritten wäre.

Regierungsbezirk Freiburg, 1. Juli 2025 Ein jüdischer Schüler wurde in der Schule gemobbt und schließlich eine Treppe hinuntergestoßen. Mitschüler:innen riefen ihm zu: „Es interessiert niemanden, wenn du stirbst“ und „Israel ist dafür verantwortlich, dass Deutschland den Krieg verloren hat“. Damit wurde der jüdische Staat, der zu der Zeit des Zweiten Weltkriegs noch nicht existierte, zum Täter stilisiert. Der Schüler wurde für ein imaginiertes geschichtliches Handeln Israels verantwortlich gemacht und angefeindet. Außerdem wurde der

betroffene Schüler von anderen Kindern ausgegrenzt. Mitschüler:innen setzten ihn unter Druck, ihnen Spielzeug zu geben, und drohten, sonst nicht mehr mit ihm zu spielen. Die Eltern des betroffenen Schülers dachten über einen Schulwechsel in eine jüdische Schule nach.

Gezielte Sachbeschädigungen

Im Jahr 2025 wurden RIAS Baden-Württemberg 31 gezielte Sachbeschädigungen gemeldet. In zehn Vorfällen wurden Erinnerungsorte, die der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus gedenken, zum Ziel mutwilliger Beschädigung.

Schwäbisch Gmünd, 27. Januar 2025

An einer hölzernen Nebeneingangstür zur ehemaligen Synagoge wurden Spuren einer Brandstiftung festgestellt. Nach neuesten Erkenntnissen befand sich im Gebäude eine mittelalterliche Synagoge sowie ein jüdisches Gemeindehaus. Aktuell finden daran umfangreiche Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen statt, um dort zukünftig einen Begegnungsort zu schaffen.

Bild: Gmünder Tagespost / Thomas Mayr



Pforzheim, 5. November 2025 Zwei Mal innerhalb von zwei Wochen beschmierten Unbekannte das einen Monat zuvor eingeweihte Schoa-Denkmal am Pforzheimer Güterbahnhof: unter anderem mit einem großen Hakenkreuz und einem Penis.

In zwei Fällen wurden ehemalige Synagogen beschädigt.



Baden-Baden, 4. August 2025 Unbekannte stürzten eine Gedenksäule für Holocaust-Opfer um und beschädigten sie schwer: Das etwa zwei Meter hohe Mahnmal aus Sandstein und Beton wurde offenbar gezielt mit einem technischen Hilfsmittel, etwa einem Auto, umgeworfen, wodurch der Sockel zerbrach. Die Gedenktafel erinnert an den 10. November 1938, als Jüdinnen:Juden von den Nationalsozialisten in der Sophienstraße zusammengetrieben worden waren und die Zerstörung der Synagoge hatten mitansehen müssen. Das Denkmal war 1988 zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus errichtet worden. Es entstand ein Sachschaden von circa 1 000 Euro.

Bild: SWR



Rastatt, 14. Mai 2025

Auf dem jüdischen Friedhof in Rastatt haben Unbekannte den Zaun durchbrochen und mehrere Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und roten Dreiecken beschmiert. Rote Dreiecke können Ausdruck der Solidarität mit Palästina sein, werden aber auch für Drohungen verwendet; die Hamas nutzt sie zur Feindmarkierung. Auf eine Mauer sprühten die Täter:innen zudem einen durchgekreuzten Davidstern sowie die Worte „Terrorstaat Israel“. Es entstand ein Sachschaden im Wert von circa 6000 €

Bild: Thorsten Niederer

Bedrohungen

Im Jahr 2025 dokumentierte RIAS Baden-Württemberg acht Vorfälle von Gewaltandrohung. Diese traten über das gesamte Jahr und über alle vier Regierungsbezirke verteilt auf. Als Anlass für die Androhung teils massiver antisemitischer Gewalt genügte es, dass Betroffene als Jüdinnen:Juden erkennbar waren, sich in Initiativen zur Erinnerung an die jüdische Geschichte ihres Ortes engagierten oder als solidarisch mit Israel erkennbar waren.

Reutlingen, 7. April 2025 Zwei erkennbar jüdische Personen liefen durch die Innenstadt, als ein Mann sich dem Paar näherte und sie als „Scheiß Juden“ und „Schwuchtel“ beleidigte. Die äußerst aggressive Person spuckte auf den Boden und forderte den Mann auf, seine Kippa zu verdecken. Dann zeigte er auf eine

kleine Gasse und sagte: „Komme her, ich ficke dich!“, als wolle er ihn dorthin locken, um ihn zu verprügeln. Passant:innen reagierten nicht.

Bei einem weiteren Vorfall wurde einer Person auf ihrem Privatgelände mit körperlicher Gewalt gedroht.

Regierungsbezirk Stuttgart, 19. April 2025 Die Betroffene war gerade dabei, auf einer großen Oberfläche eine Israelflagge nachzumalen, die zum wiederholten Mal verschandelt worden war. Ein Autofahrer, der an einer Ampel in der Nähe stand, schrie sie aus dem Auto an, woraufhin sich eine kurze Diskussion entwickelte. „Machst du Judenzeichen?“, fragte der Autofahrer und forderte die Betroffene auf, mit dem Malen aufzuhören. Er drohte ihr damit, ihr andernfalls die Beine zu brechen.

Auch antisemitische Bedrohungen an Hochschulen wurden RIAS Baden-Württemberg gemeldet. Aus Gründen des Betroffenenenschutzes können sie in diesem Bericht nicht geschildert werden.

Verletzendes Verhalten

Für das Jahr 2025 wurde in 277 Vorfällen verletzendes Verhalten dokumentiert; diese Kategorie macht mit 83 % den mit Abstand größten Teil der Vorfälle aus. 115 davon waren Versammlungen, auf die später gesondert eingegangen wird (siehe Kapitel 6.4 Themenschwerpunkt Versammlungsgeschehen). 69 Vorfälle mit verletzendem Verhalten richteten sich gegen Personen, von denen 42 jüdisch und/oder israelisch waren oder als solche adressiert wurden. In 18 Fällen wurden Institutionen oder zivilgesellschaftliche Organisationen angefeindet, wobei es sich in sieben Fällen um jüdische Gemeinden oder deren Einrichtungen handelte.

Bei den 277 Vorfällen verletzenden Verhaltens handelte es sich in 46 Fällen um verbale Anfeindungen, bei denen sich Täter:innen und Betroffene direkt gegenüberstanden. In 22 Fällen waren die Betroffenen jüdisch und/oder israelisch oder wurden als solche adressiert. In den meisten dieser Fälle waren die Betroffenen als jüdisch erkennbar, etwa durch das Tragen einer Davidstern-Kette, einer religiösen Kopfbedeckung oder anderer sichtbarer jüdischer Symbole oder Kleidungsstücke.

Von den 277 Vorfällen verletzenden Verhaltens ereigneten sich 46 online. Die dokumentierten Vorfälle zeigen, wie Personen gezielt mit Hasskommentaren im digitalen Raum konfrontiert wurden.

Im Sommer versandte zudem ein Täter mehrere E-Mails mit antisemitischem Inhalt an eine jüdische Gemeinde.

Baden-Württemberg, 18. Juli 2025 Im Betreff einer E-Mail, versandt von einem Absender mit Klarnamen, stand: „Juden sind die Feinde aller Menschen“. Der Autor bezeichnete Israel als „faschistische[n] Staat“ und warf Jüdinnen:Juden vor, „keinen Frieden halten [zu] können“. Dies sei „schon lange bekannt“. Damit verband der Verfasser eine pauschale Anfeindung gegenüber Jüdinnen:Juden als Gruppe mit der Dämonisierung des jüdischen Staates Israel. Im Weiteren schrieb er: „Leider funktioniert die Antisemitismuskeule immer noch. Es wird aber Zeit, dass sich auch das deutsche Volk von dem schlechten Gewissen befreit.“ Hiermit stellte der Autor die Kritik an Antisemitismus und das Gedenken an den Holocaust als fremdgesteuertes Unterdrückungssystem dar, von dem es sich zu befreien gelte. Zum Schluss wurde Israel mit Nazi-deutschland gleichgesetzt, was eine Dämonisierung Israels sowie eine Relativierung der Massenverbrechen im Nationalsozialismus darstellt: „Heil Groß Israel ! Das hat Israel von Hitler gelernt. Jetzt haben sie auch eine solche Mörderbande.“

Baden-Württemberg, 10. August 2025 Der Betreff einer E-Mail an eine jüdische Institution lautete: „keiner will Juden“. Der Autor schrieb darin, dass „[d]ie Welt sich von eurem Volk ab[wendet]“. Diese kollektive Anfeindung gegenüber Jüdinnen:Juden wurde mit israelbezogenem Antisemitismus verbunden. Indem der Verfasser behauptete, Jüdinnen:Juden würden „auf gestohlenem Land“ leben, charakterisierte er die Existenz Israels als illegitimes Unterfangen. Auch gab der Autor Jüdinnen:Juden die alleinige Schuld am israelisch-arabischen Konflikt: Sie könnten „einfach nicht in Frieden mit anderen Völkern leben“. Offenkundig ging es dem Verfasser dabei nicht allein um die Existenz Israels, sondern um Jüdinnen:Juden als solche. So behauptete er: „Keiner auf diesem Planeten möchte solche Nachbarn um sich haben.“ Am Schluss wurde der Vernichtungswunsch mit den Worten zum Ausdruck gebracht: „Verschwindet einfach.“

39 Vorfälle von verletzendem Verhalten dokumentierte RIAS Baden-Württemberg am Tatort Straße. An Bildungseinrichtungen wurden 32 solcher Vorfälle registriert, davon 13 in Schulen. (In Kapitel 6.5 Themenschwerpunkt Bildungseinrichtungen wird tiefgehend auf die dortige Situation eingegangen.)

RIAS Baden-Württemberg dokumentierte zudem zwölf Vorfälle mit verletzendem Verhalten, bei denen Personen im öffentlichen Personennahverkehr oder an Stationen des öffentlichen Personennahverkehrs beleidigt wurden.

Göppingen, 27. September 2025 Von der Unterführung am Bahnhof aus hörten Zeug:innen, dass auf dem Bahnsteig ein Mann unterwegs war, der „Heil Hitler“ rief. Dort angekommen, sahen sie, dass ein Mann, der Flaschen einsammelte, die rechtsextreme Parole wiederholte. Darauf angesprochen, entgegnete dieser: „Er hat nicht alle mitgenommen.“ Die Zeug:innen fragten daraufhin nach: „Wen hat deiner Meinung nach Hitler vergessen?“ Als Antwort verwies er auf „Juden“. Nach Appellen, damit aufzuhören, entgegnete er, dass nicht er die Zeug:innen angesprochen habe, und weiter: „Ich kann sagen, was ich will.“ Von den Umstehenden gab es keine Reaktion.

Freiburg im Breisgau, 25. November 2025 In einem Bus hörte ein Mann, wie sich eine Gruppe Jugendlicher unterhielt. Die jungen Männer redeten zunächst über Alltagsthemen. Dann hörte er, wie sie beleidigend über eine jüdische Klassenkameradin, die nicht anwesend war, sprachen und Jüdinnen:Juden allgemein herabsetzten. Unter anderem äußerten sie, dass Jüdinnen:Juden „ein blödes Volk“ und ein „blödes Pack“ seien. Der Mann ging auf die Jugendlichen zu und widersprach ihnen. Sie sahen, dass er eine Davidstern-Kette trug. Einer der Jugendlichen folgerte, dass er „auch einer“ sei. Im Anschluss wechselte die Gruppe das Thema.

Weitere acht Vorfälle in der Kategorie verletzendes Verhalten fanden am Tatort Gewerbe statt.

Stuttgart, 31. Juli 2025 Bei einem Anlageberatungsgespräch in einer Bank waren neben der Kundin ein Ausbilder und ein jüngerer Azubi anwesend. Der Ausbilder fragte die Kundin, was sie beruflich mache. Sie gab unter anderem die Koordination in einer jüdischen Einrichtung an, woraufhin der Ausbilder laut und schrill sagte: „Nicht dass Sie mich erschießen, wenn der Vertrag nicht zum 01.08. zustande kommt. Erschießen Sie mich nicht.“ Der Azubi wurde rot und sagte etwas wie: „Was soll das? – Nein.“ Die Betroffene erwiderte verblüfft: „Ich erschieße doch keinen.“ Danach gab der Ausbilder ihr zu verstehen, dass alles sehr genau geprüft werde – schließlich seien die deutschen Gesetze bei Geldwäsche sehr streng. Wieder sehr laut und schrill fuhr er fort: „Für Sie mache ich das ...“ Allein aufgrund ihrer Tätigkeit für eine jüdische Einrichtung wurde die Betroffene missachtet und mit Macht, Gewalt und unlauteren Geldgeschäften assoziiert.

Stuttgart, 11. Dezember 2025 An einem Reisebüro, das auf Israelreisen spezialisiert ist, wurden große Plakate mit den Aufschriften „Ab sofort geschlossen“ und „Nach Palästina ausgewandert“ sowie einem Hammer-und-Sichel-Symbol und einem Anarchie Kreis-A angebracht. Die Aktion kann Assoziationen an die Boykottkampagnen und Zwangsschließungen jüdischer Geschäfte in der Zeit des Nationalsozialismus wecken.

RIAS Baden-Württemberg dokumentierte fünf Vorfälle mit verletzendem Verhalten am Tatort Wohnumfeld. Anfeindungen im direkten Umfeld der eigenen Wohnung sind für Betroffene häufig besonders bedrohlich und beängstigend, da die Wohnung als privater Rückzugsraum nicht gemieden werden kann. Vorfälle im Wohnumfeld haben somit dauerhafte Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl und damit auf die gesamte Lebensqualität.

Massenzuschriften

Im Erfassungszeitraum 2025 wurden RIAS Baden-Württemberg drei antisemitische Massenzuschriften gemeldet. Charakteristisch für die erfassten Zuschriften sind sehr lange Texte, die eine Vielzahl antisemitischer Chiffren, Symboliken und Mythen enthalten.

Heidelberg, 21. und 22. Mai 2025 Mehrere Mitarbeitende der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg erhielten E-Mails, die sie mit dem antisemitischen Vorwurf konfrontierten, Teil einer Weltverschwörung zu sein. Darin wurde behauptet, die Verschwörung werde durch „euren Rabbiner und die Ältesten der Zvonisten [sic!]“ angeführt: Diese würden die Medien kontrollieren, um die Wahrheit zu verschleiern. Das jüdische Volk werde durch eine „falsche Geschichte und falsche Opfergeschichten“ indoktriniert, darauf werde eine „mörderische Gesellschaft“ errichtet. Auch zielte die Person, die das Schreiben verfasst hatte, auf die heiligen Schriften des Judentums ab, indem sie fragte: „[S]chreibt die Tora dies vor?“ Ziel der Verschwörung sei es, einen ewigen Kriegszustand herzustellen. Die Welt werde nun jedoch „aufwachen“, hieß es weiter, und schließlich: „Aber jetzt verstehen wir, dass hinter dieser Maske, ihr seid eine Nation, die ihr Menschlichkeit verloren hat, die bereit ist, für seine eigenen Ziele und für ein Stück Land jede Art von Grausamkeit zu begehen, und kennt keine moralischen Grenzen. [sic!]“ Die E-Mail transportierte eine ganze Reihe antisemitischer Stereotype, indem sie eine jüdische Weltverschwörung imaginierte und Jüdinnen:Juden als lügnerisch mächtig und böse fantasierte und dämonisierte.

6.2 Erscheinungsformen von Antisemitismus

Bei antisemitischen Vorfällen können unterschiedliche antisemitische Stereotype zum Ausdruck kommen. RIAS ordnet diese Stereotype fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Diese sind: antijudaistischer Antisemitismus, moderner Antisemitismus, antisemitisches Othering, Post-Schoa-Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus (siehe Kapitel 3 Begrifflicher Rahmen und Kategorien). Ein einzelner Vorfall kann mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden. Das ist dann der Fall, wenn mehrere Erscheinungsformen gleichzeitig zum Ausdruck kommen.

Israelbezogener Antisemitismus

Die häufigste Erscheinungsform im Jahr 2025 war der israelbezogene Antisemitismus: In 71 % aller antisemitischen Vorfälle wurde dieser festgestellt (bei 238 von 335 Vorfällen).

Freiburg im Breisgau, 28. April 2025

Sprüherei mit „Death to Israel“ und rotem Dreieck in einer Unterführung in Freiburg.

Bild: Privat



Diese Form des Antisemitismus kann sich gegen Jüdinnen:Juden und Israelis, aber auch gegen andere Personen oder Institutionen richten, die als Repräsentanten des Staates Israel angesehen werden.

Korntal-Münchingen, 22. Juni 2025 Am frühen Morgen setzten Unbekannte mehrere Silos und drei Lastwagen einer Baustofffirma in Korntal-Münchingen in Brand. Auf den Silos der Firma hatten mehrere Israel-Flaggen gehangen. Es entstand ein Schaden von rund 1,5 Millionen Euro, eine Halle brannte komplett ab.



Balingen, 6. Juli 2025 Sprüherei mit „Zionisten töten.“ an einem Toilettenhaus am Bahnhof Balingen.

Bild: Privat

Freiburg im Breisgau, 20. Juli 2025 In der Nacht warfen Unbekannte rohe Eier gegen die Fensterscheiben eines Freiburger Restaurants, das israelische Spezialitäten anbietet. Einige Eier warfen sie durch ein offenes Fenster, sodass sie in den Innenraum gelangten und dort Möbel beschmutzten. Der Betreiber ist weder jüdisch noch Israeli und hatte das Restaurant erst Anfang des Jahres eröffnet. Er berichtet von seit Monaten andauernden Hassnachrichten, Beleidigungen, Drohungen und Boykottaufrufen.



Freiburg im Breisgau, 10. Oktober 2025 Sprühereien am Gebäude des Alten Wiehrebahnhofs in Freiburg, in dem sich das KoKi (Kommunales Kino) befindet, mit roten Dreiecken und den Parolen „Zionism is a death cult“, „From the river to the sea, Palestine will be free“, „Zionist scum“ und „Fuck Zionism“. Nicht im Bild zu sehen sind weitere Sprühereien: „Zionism is a crime!“, „Zionism is fascism“, „Shame on you“, „Kein Platz für Zionismus“, „Fck Israel“, „FCK ZNS“, „Stop the genocide“, „Free palestine“, „Freiheit für Gaza“ und „Es ist kein Krieg, es ist ein Genozid“. Außerdem wurde auf dem Schild des Kinos „Kommunales“ durchgestrichen und „Zio“ darübergesprüht. In einer öffentlichen Stellungnahme, wunderte sich der Kinobetreiber über den Angriff und betonte, das Kino sei ein „Ort kritischer Auseinandersetzung“ auch „in der Diskussion um Palästina und Israel“. In der Woche der Schmierereien wurde ein Film über eine Hamas-Geisel gezeigt.

Bild: Instagram

Antisemitisches Othering

30% aller dokumentierten Vorfälle im Jahr 2025 ordnete RIAS Baden-Württemberg der Erscheinungsform antisemitisches Othering zu (99 Vorfälle). Damit ist sie die zweithäufigste dokumentierte Erscheinungsform. Die Hälfte dieser Vorfälle beinhaltete ausschließlich Stereotype des antisemitischen Otherings.

Regierungsbezirk Freiburg, 10. Februar 2025 Als ein jüdischer Schüler sein Klassenzimmer betrat, sagte ein anderer Schüler zu den Mitschüler:innen: „Oh Mann, da kommt der nervige Jude.“ Ähnliche Sprüche wurden in Anwesenheit des Betroffenen über Wochen hinweg immer wieder geäußert, ohne dass jemand intervenierte. Nachdem zahlreiche Versuche, seine Mitschüler:innen davon abzubringen, erfolglos geblieben waren, wechselte der betroffene Schüler in eine andere Klasse.



Heidelberg, 10. Februar 2025

Sprüherei mit „Judenfrage“. Der Ausdruck wurde ab dem 19. Jahrhundert verwendet, um Jüdinnen:Juden als ‚Problem‘ darzustellen und sie aus der Gesellschaft auszuschließen. Die Nationalsozialist:innen verwendeten den Euphemismus „Endlösung der Judenfrage“ für die Shoah. Nicht im Bild zu sehen sind die Slogans – in der gleichen Farbe, Schrift und Größe – „Free Gaza“ und „Fck IDF“. Die Reihe verbindet antisemitisches Othering mit israelfeindlichen Slogans.

Bild: Privat



Ulm, 10. Februar 2025 Aufkleber mit dem Motiv des NS-Films „Der ewige Jude“, ergänzt um das Logo einer Fangroupierung des 1. FC Heidenheim. Das Motiv bedient das Stereotyp, Jüdinnen:Juden seien jenseits der Gesellschaft zu verorten, stünden der jeweiligen Wir-Gruppe feindselig gegenüber, seien verflucht und müssten für die Ewigkeit durch die Welt wandern.

Bild: Privat

Post-Schoa-Antisemitismus

Post-Schoa-Antisemitismus wurde bei 25 % der Vorfälle (85) in Baden-Württemberg erfasst. Darunter waren zwölf gezielte Sachbeschädigungen, die gegen Gedenkort zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Massenverbrechen und deren Opfer verübt wurden. 30 dokumentierte Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus ereigneten sich auf der Straße. 25 Mal wurden Vorfälle mit direkt betroffenen Personen im Internet dokumentiert.

Online, 23. Januar 2025 Einer öffentlich als jüdisch erkennbaren Person wurde bei Facebook ein Bild einer Dose Zyklon B per Privatnachricht zugesandt, zusammen mit dem Kommentar: „Noch auf Lager“. Die Betroffene wurde bedroht durch eine positive Bezugnahme auf die Ermordung von Jüdinnen:Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Die Betroffene teilte diese Drohung auf ihrem öffentlichen Profil als Beispiel für die bedrohlichen und beleidigenden Nachrichten, die sie online regelmäßig erhält.

Bild: Privat



Freiburg im Breisgau, 25. August 2025 Antisemitische Schmiererei, in der das Judentum mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird, auf einer gewerblichen Toilette.

Bild: Privat



Antijudaistischer Antisemitismus

Bei 5 % der Vorfälle (16) in Baden-Württemberg wurde antijudaistischer Antisemitismus festgestellt. Dies umfasste religiös motivierte Stereotype über Jüdinnen:Juden. Diese Vorfälle wurden meist bei Versammlungen, in wenigen Fällen auch bei Massenzuschriften registriert.

Stuttgart, 12. September 2025 Zwei Mal wurde dieselbe antisemitische E-Mail an zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftigen, verschickt. In der E-Mail wurde zur „Abschaffung des Psychiatriestaats“ aufgerufen und Jüdinnen:Juden wurde die Schuld am Antisemitismus gegeben: Sie seien „tatsächlich unrein“, weshalb der Antisemitismus „mehr oder minder natürlich“ sei. In einem zusätzlichen, angehängten Text war von einem apokalyptischen Endzeitkampf die Rede. Darin wurden Jüdinnen:Juden als „Teil der dunklen Welt“ bezeichnet, sie stünden „auf der Seite der Schlange“. Weiter wurde ein „Wettstreit zwischen uns und ihnen“, „zwischen Licht und Dunkelheit“ heraufbeschworen. Dieser Kampf, so der Text, werde „ins Paradies oder in die Dschannah“, das islamische Konzept des Paradieses führen.

Moderner Antisemitismus

In Baden-Württemberg trat die Erscheinungsform des modernen Antisemitismus in 4 % der Fälle (15) auf. Zumeist kamen dabei Narrative und Symbole zum Tragen, die eine jüdische Weltverschwörung, die Kontrolle der Presse oder die Steuerung von Wirtschaft und Politik durch Jüdinnen:Juden imaginierten.

Wangen im Allgäu, 18./19. Januar 2025 Bei einer Veranstaltung zu den Themen „Germanische Neue Medizin“ (GNM) und „Individuelle und Kollektive Traumata“ postulierte ein Referent, dass Chemotherapie „eine Waffe der jüdischen Menschen“ sei. Die Referenten des Abends bezogen sich auf den GNM-Begründer Ryke Geerd Hamer, der behauptet hatte, Jüdinnen:Juden würden mittels evidenzbasierter Medizin die nichtjüdischen Menschen ausrotten und kontrollieren wollen. Hier trifft das antijudaistische Bild von den rachsüchtigen Juden, die Andersgläubigen schaden wollten auf die moderne Verschwörungserzählung der alles kontrollierenden Juden. Die GNM greift antisemitische Narrative der Nationalsozialisten auf, die damit gegen die sogenannte „jüdische Schulmedizin“ agitierten und – demgegenüber – „Heilpraktiker“ gefördert hatten. Des Weiteren äußerte ein Referent: „Bei Juden muss man immer ein bisschen aufpassen, wegen Spionage.“ Diese Aussage knüpft an ein historisch gewachsenes antisemitisches Stereotyp an, das Jüdinnen:Juden als fremd, illoyal oder verschwörerisch konstruiert.

Hintergrund hierfür ist die jahrhundertlange gesellschaftliche Ausgrenzung jüdischer Menschen in Europa, die sie auf Distanz zur Mehrheitsgesellschaft hielt. Aus dieser Markierung als „anders“ entwickelte sich ein tiefes Misstrauen gegenüber Jüdinnen:Juden, das sich unter anderem in der Unterstellung von geheimen Netzwerken oder Spionagetätigkeiten ausdrückte.

Die Erscheinungsform des modernen Antisemitismus wurde ebenfalls auf israel-feindlichen Versammlungen vor.

Langenau, 13. Juli 2025 Auf der Demonstration „Gegen das Schweigen der Kirche – gegen den Völkermord in Gaza“ sprach eine Rednerin von der „zionistischen Presse“, die gegen „Mitglieder aus unserer Gemeinde“ vorgehe. „Alle werden verhetzt“, sagte die Rednerin weiter. Diese Aussagen aktualisieren das antisemitische Stereotyp der jüdischen Kontrolle über die Presse, die der Bevölkerung feindselig gegenüberstehe und das Ziel verfolge, die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Demonstration richtete sich gegen die Kirche in Langenau, nachdem der Pfarrer während eines Gottesdienstes kurz nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 eine Solidaritätsbekundung mit den israelischen Opfer verlesen hatte. Immer wieder wurde vor der Langenauer Kirche demonstriert. RIAS Baden-Württemberg nahm mehrere Vorfälle in diesem Zusammenhang auf. Der Betroffene berichtet von Beleidigungen, antisemitischen Schmierereien, Handgreiflichkeiten und weiteren Vorkommnissen, die nunmehr seit rund 2,5 Jahren andauern. Dies habe letztendlich zu Angst und zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit seiner Person und seiner Familie in der Stadt geführt.

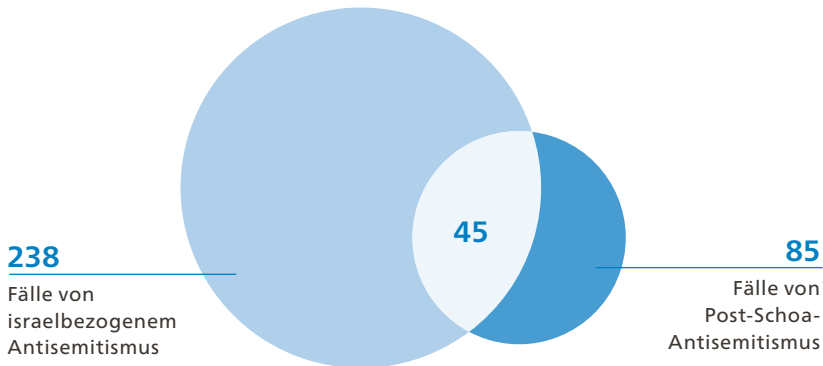
Überschneidungen von Erscheinungsformen

In der Praxis ordnet RIAS einen antisemitischen Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zu. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der Zuordnungen von Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle. Bei den 335 erfassten antisemitischen Vorfällen in Baden-Württemberg gab es insgesamt 453 Zuordnungen zu Erscheinungsformen.

Bei 87 Vorfällen, die mit israelbezogenem Antisemitismus verschlagwortet wurden, kam mindestens eine weitere Erscheinungsform zum Tragen. Am häufigsten miteinander verschränkt waren die Erscheinungsformen israelbezogener Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus: Insgesamt 45 Fälle beinhalteten Stereotype beider Erscheinungsformen.

Israelbezogener Antisemitismus kann sich auch in Äußerungen zeigen, die positiv Bezug nehmen auf die Schoa, den Nationalsozialismus oder auf Politiker des Nationalsozialismus.

Verschränkung von israelbezogenem Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus 2025



Ulm, 13. November 2025 Zwei Mal wurde ein Sticker gemeldet, auf dem Hitler Netanjahu einen blutigen Staffelstab mit Hakenkreuz-Emblem übergibt. Hitler wird in einem schwarz-rot-goldenen Trainingsanzug, Netanjahu in einem Trainingsanzug in den Farben der israelischen Flagge und mit Davidstern auf der Brust abgebildet. Die meldende Person wies darauf hin, dass das Motiv bei israelfeindlichen Infoständen in der Ulmer Innenstadt gesehen worden sei.

Bild: Privat



Stuttgart, 10. Oktober 2025 Die betroffene Person unterhielt sich während einer Taxifahrt mit dem Fahrer. Gegen Ende der Fahrt äußerte sie ihre Hoffnung auf die Freilassung der Geiseln in Gaza, wofür sie schon so lange bete. Es begann ein Streitgespräch mit dem Taxifahrer, der sich dabei antisemitisch gegen Jüdinnen:Juden und Israel äußerte, darunter: „Die ganze Welt ist gegen Israel“, „Sie sind unrechtmäßig in Israel“, „Die Juden sollen raus aus Israel“ und „Die Juden haben immer die Nase oben!“. Die betroffene Person sagte daraufhin, sie steige an Ort und Stelle aus. Der Taxifahrer aber wollte sie bis zu ihrem Haus fahren, woraufhin sie wiederholte: „Ich steige hier aus.“ Nach Bezahlung der Fahrt sagte der Taxifahrer noch: „Adolf Hitler hat es richtig gemacht ... Das wird jetzt vollendet.“ Es folgte eine lautstarke Auseinandersetzung, bis die betroffene Person schließlich davonging.

Israelbezogener Antisemitismus trat auch gemeinsam mit antijudaistischem Antisemitismus auf: Die häufigste Form stellte die Parole „Kindermörder Israel“ dar. Sie knüpft an die mittelalterliche Ritualmordlegende an, der zufolge Jüdinnen:Juden christliche Kinder töten würden, um deren Blut für religiöse Riten – etwa zur Herstellung von Mazzot für Pessach – zu verwenden. Der Vorwurf verbreitete sich in verschiedenen Regionen und wurde bis in die Gegenwart immer wieder aufgegriffen und an unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte angepasst. Die Parole „Kindermörder Israel“ aktualisiert dieses antisemitische Motiv, indem die Zuschreibung auf den Staat Israel übertragen wird.

Reutlingen, 15. November 2025 Am Rande der Demonstration „Still all eyes on Gaza“ positionierte sich ein Gegendemonstrant mit einer Israelflagge. Aus der Demonstration heraus wurde ihm „Kindermörder Israel“ zugerufen. In der Folge erhielt der Gegendemonstrant mit der Israelflagge von der Polizei einen Platzverweis.

Die Parole, die bereits seit mehreren Jahren in Verwendung ist, wird ganz pauschal, ohne konkreten Anlass oder Bezug zu Geschehnissen im Nahen Osten, genutzt.

Freiburg im Breisgau, 9. November 2025 Am Rande einer Gedenkkundgebung zur Erinnerung an die Novemberpogrome wurde ein Teilnehmer von einem Mann beleidigt. Der Betroffene, der eine Israelfahne in der Hand hielt, wurde als „Kindermörder“ und „Abschaum“ beleidigt. Der Täter, der Teil einer kleinen Gruppe von drei bis vier Männern war, ging auf den Betroffenen zu und bedrohte ihn. Als der Betroffene drohte, die Polizei anzurufen, entfernte sich die Gruppe fünf bis sechs Meter, beleidigte ihn aber weiterhin.

48 Vorfälle, die mit antisemitischem Othering verschlagwortet wurden, weisen mindestens eine weitere Erscheinungsform auf. Am häufigsten registrierte RIAS Baden-Württemberg eine Kombination mit Stereotypen des israelbezogenen

Antisemitismus. Aber auch Vorfälle mit Post-Schoa-Antisemitismus sind in Verbindung mit antisemitischem Othering dokumentiert. So wurde in zehn Vorfällen eine Vernichtungsfantasie gegenüber Jüdinnen:Juden geäußert, entweder positiv auf die Schoa oder auf die Massaker vom 7. Oktober Bezug nahm.

RIAS Baden-Württemberg dokumentierte auch antisemitische Vorfälle, die weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit – zum Beispiel Sexismus, LGBTQ-Feindlichkeit oder Rassismus – aufwiesen.

Alb-Donau-Kreis, 17. Juli 2025 Mit Straßenmalkreide wurden auf die Straße „Für die Juden hier entlang“ und „Zum Vergasen hier entlang“ sowie zweimal das N-Wort geschrieben.

6.3 Politisch-weltanschauliche Hintergründe

In diesem Kapitel werden die verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren antisemitischer Vorfälle beleuchtet und deren jeweilige Merkmale und Besonderheiten analysiert. RIAS ordnet antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund – kurz: politischen Hintergrund – zu, sofern sich ein solcher eindeutig ausmachen lässt (siehe dazu ausführlicher den zugehörigen Abschnitt in Kapitel 3 Begrifflicher Rahmen und Kategorien). Bei mehr als der Hälfte der Vorfälle war dies nicht der Fall. Für Betroffene bedeutet dies, dass sich das Problem nicht auf ein bestimmtes Spektrum eingrenzen lässt.

Bei jenen antisemitischen Vorfällen, die RIAS eindeutig einem politischen Hintergrund zuordnen konnte, war der antiisraelische Aktivismus mit 29 % (97 Fälle) die häufigste Kategorie. Es folgten Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum (7 %, 24 Fälle) und aus dem links-antiimperialistischen Spektrum (6 %, 21 Fälle). Das christliche/christlich-fundamentalistische, das islamische/islamistische und das verschwörungsideologische Spektrum sowie die politische Mitte bleiben in diesem Kapitel unberücksichtigt, da die Fallzahlen für eine aussagekräftige Auswertung dieser politisch-weltanschaulichen Hintergründe zu gering sind.

Antiisraelischer Aktivismus

Dem antiisraelischen Aktivismus konnten 2025 in Baden-Württemberg 97 antisemitische Vorfälle zugeordnet werden, das entspricht rund 29 % aller Vorfälle. Der antiisraelische Aktivismus kann eine verbindende Klammer für verschiedene politisch-weltanschauliche Gruppen und Strömungen darstellen, die das gemeinsame Feindbild Israel beziehungsweise Zionismus teilen.

Im Rahmen der überregionalen Kampagne gegen die deutsche Tochtergesellschaft der israelischen Rüstungsfirma Elbit Systems wurden mehrere antisemitische Vorfälle aus dem antiisraelischen Spektrum in Ulm dokumentiert, unter anderem eine gezielte Sachbeschädigung am 8. September am Firmensitz in Ulm selbst, bei der neben erheblichem Sachschaden in Millionenhöhe auch die Schmierereien „Babykiller“ und „Kindermörder“ dokumentiert wurden.

Tübingen, 27. Mai 2025

Auf einer israelfeindlichen Demonstration wurde ein Plakat gezeigt, das den Krieg in Gaza mit der Schoa gleichsetzt. Auf dem ersten Bild sind kriegszerstörte Gebäude in Gaza abgebildet. Auf dem zweiten Bild sind verhaftete Widerstandskämpfer:innen des Warschauer Ghettos kurz vor deren Deportation in die Vernichtungslager Treblinka dargestellt.

Bild: Privat



Ulm, 20. September 2025 Auf einem Protestcamp mit mehr als 900 Anwesenden vor einem Elbit-Standort, organisiert durch die bundesweite Organisation Kufiya Netzwerk³ und mehrere BDS-Gruppen, wurde Gaza als „Konzentrationslager“ bezeichnet – eine Aussage, die Israel mit den Vernichtungspraktiken im Nationalsozialismus gleichsetzt und damit die Schoa bagatellisiert und den jüdischen Staat dämonisiert.

Lange Zeit wurde die Abwehr der Erinnerung an die Schoa vor allem von der rechtsextremen Szene betrieben, mittlerweile ist sie jedoch nicht mehr auf dieses politisch-weltanschauliche Spektrum beschränkt. Diese Entwicklung ist insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 auch im antiisraelischen Aktivismus zu beobachten. Am häufigsten ereigneten sich antisemitische Vorfälle, die RIAS Baden-Württemberg dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnete, im Kontext von Versammlungen. (siehe auch Kapitel 6.4 Themenschwerpunkt Versammlungsgeschehen)

Rechtsextrem

Für das Jahr 2025 registrierte RIAS Baden-Württemberg insgesamt 24 Vorfälle, die einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden konnten. Die Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund machten rund 7 % aller erfassten Vorfälle aus. Sie drückten sich in gezielten Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Massenzuschriften und verletzendem Verhalten aus.

Regierungsbezirk Tübingen, 8. Dezember 2025 Über das Kontaktformular ihrer Website wurde eine erinnerungspolitische Initiative von einem Mann bedroht: „ich bin ein stolzer SOLDAT aus Österreich, morgen um 11 Uhr werde ich euch Besuchen, mein Gewehr will sich mit euch Unterhalten. Scheiß Juden SIEG HEIL“ [sic!]. Der Täter gab bei der Drohung seinen Klarnamen und seine E-Mail-Adresse an.

Ein wiederkehrendes Motiv antisemitischer Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund ist die Abwehr der Erinnerung an die Schoa, die insbesondere an Gedenktagen dokumentiert wird.

3 Siehe den Exkurs „Kufiya Netzwerk“ in: Julius Gruber, „Free the World from Israel – Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023“, in Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023: Dynamiken – Akteure – Wirkungen, hg. von Bundesverband RIAS (2025), 53–56, https://report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf.

Links-antiimperialistisch

21 Vorfälle mit einem links-antiimperialistischen Hintergrund wurden im Jahr 2025 erfasst, 19 davon enthielten Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus. Zahlreiche antisemitische Dämonisierungen und Delegitimierungen Israels fanden sich in Redebeiträgen und Sprechchören auf Versammlungen.

Antisemitische Vorfälle wurden dann als links-antiimperialistisch eingestuft, wenn das Eintreten für linke Werte oder Bezüge auf linke Traditionen klar erkennbar waren. Hierbei wurde meist ein binäres Weltbild vertreten, und häufig wurden befreiungsnationalistische Ziele proklamiert. Verbreitet war eine Gleichsetzung Israels und des Zionismus mit dem Nationalsozialismus oder Faschismus, ebenso die Unterstellung einer neuen Schoa, begangen durch Israel an den Palästinenser:innen. Darüber hinaus wurden die Ablehnung des Zionismus und der Wunsch nach der Zerstörung Israels mit Antikapitalismus oder dem Streben nach Kommunismus verknüpft.



Konstanz, 11. Oktober 2025

Transparent der Gruppe Revolutionäre Linke Konstanz, auf dem zur Vernichtung Israels aufgerufen wurde. Neben der Parole „Zionismus zerschlagen“ waren das kommunistische Hammer-und-Sichel-Symbol und die palästinensische Flagge zu sehen.

Bild: Instagram

Bei einem Vorfall wurde eine Person antisemitisch beschimpft, nachdem sie sich gegen Antisemitismus positioniert hatte.

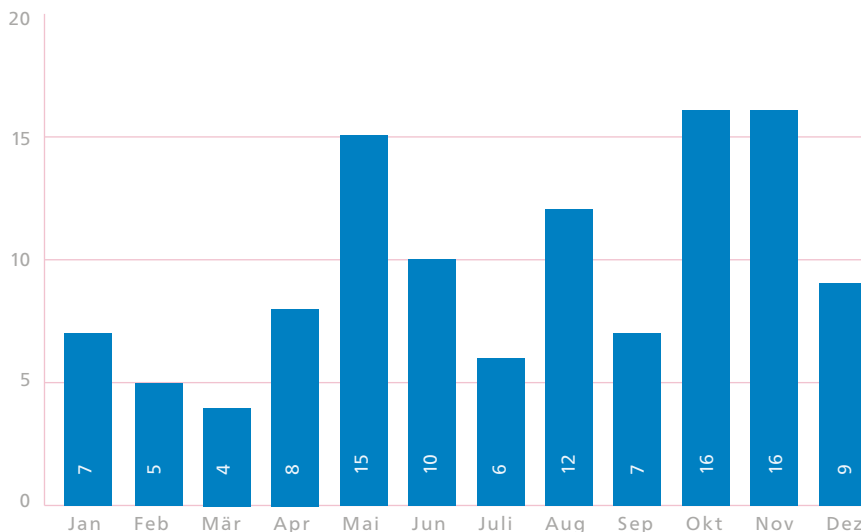
Freiburg im Breisgau, 21. Juni 2025 Beim Freiburger Christopher Street Day (CSD) trug eine Gruppe ein Plakat mit der Aufschrift „Queer as in Free Palestine“ und einem darauf abgebildeten roten Dreieck. Als eine Person sich an die Gruppe wandte und dies kritisierte, wurde sie als „Judenfreund“ beschimpft. (Zum Symbol des roten Dreiecks siehe das Beispiel aus Rastatt im Kapitel 6.1 Vorfalltypen.)

6.4 Themenschwerpunkt Versammlungen

Stellt RIAS Baden-Württemberg in Aufrufen zu Demonstrationen, dortigen Reden oder Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten antisemitische Inhalte fest, werden all diese Äußerungen zusammengefasst und als ein antisemitischer Vorfall des Typs „verletzendes Verhalten – Versammlungen“ dokumentiert. Kommt es während oder am Rande einer solchen Versammlung zu antisemitischen Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils als zusätzlicher Vorfall dokumentiert. Da RIAS Baden-Württemberg kein proaktives Monitoring von Versammlungen vor Ort durchführt, ist von einem höheren Dunkelfeld auszugehen. Die im Folgenden dargestellte Analyse des Versammlungsgeschehens mit antisemitischen Vorkommnissen in Baden-Württemberg beruht auf Meldungen von Zeug:innen, außerdem auf einem Versammlungsmonitoring auf Grundlage von auf Social Media veröffentlichten Videos und Fotos.

Im Jahr 2025 wurden RIAS Baden-Württemberg 115 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten bekannt. Durchschnittlich wurden pro Woche 2,2 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen registriert. Der Anteil dieser Versammlungen am gesamten Vorfalleschehen beträgt 34 %. Demonstrationen sind also für das Vorfalleschehen in Baden-Württemberg außerordentlich relevant. Zudem erfahren antisemitische Inhalte, die auf Versammlungen verbreitet werden, eine erhöhte Aufmerksamkeit. Sie erscheinen als legitime Meinungsäußerungen und werden durch ständige Wiederholung – etwa in Parolen oder auf Demonstrationsschildern – normalisiert.

Anzahl von Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen im Verlauf des Jahres 2025



In 112 Fällen wurden antisemitische Äußerungen auf Versammlungen der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus zugerechnet, was 97 % der Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen ausmacht. 18 Mal (16 %) wurden Symbole des Post-Schoa-Antisemitismus dokumentiert, elf Mal (10 %) solche des antijudaistischen Antisemitismus und fünf Mal (4 %) solche des modernen Antisemitismus.

77 % der RIAS Baden-Württemberg bekannt gewordenen Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden; dieser machte damit den größten Anteil an den insgesamt dokumentierten politisch-weltanschaulichen Hintergründen bei Versammlungen aus. Der politische Hintergrund der Versammlungen war dabei klar bestimmbar, insbesondere anhand der anmeldenden und aufrufenden Gruppen sowie einzelner Redner:innen. Anlass für die 88 dokumentierten Demonstrationen und Kundgebungen mit antisemitischen Inhalten aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus waren die Massaker der Hamas und anderer Terrorgruppen vom 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg. Um den zweiten Jahrestag wurden auf fünf Versammlungen antisemitische Inhalte dokumentiert, die einen direkten Bezug zum 7. Oktober aufwiesen; diese Versammlungen fanden in Stuttgart, Mannheim (zwei), Karlsruhe und Ravensburg statt.

Im Zuge des 7. Oktober 2023 entwickelte sich eine Gelegenheitsstruktur⁴ für antisemitische Vorfälle. Gelegenheitsstrukturen sind nicht die Ursache für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bilden lediglich den Rahmen dafür: Sie machen antisemitische Äußerungen oder Handlungen wahrscheinlicher. Dabei können antisemitische Ressentiments, die bereits vorher vorhanden waren, auf den aktuellen Kontext bezogen und stärker ausagiert werden. Versammlungen spielen für antisemitische Gelegenheitsstrukturen häufig eine besondere Rolle, da sie Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen mobilisieren und zusammenbringen können. Insgesamt wiesen 97 von 115 Versammlungen, bei denen antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden, einen direkten Bezug zum 7. Oktober 2023 und/oder zum darauffolgenden Krieg auf.

Neben dem antiisraelischen Aktivismus spielte im Versammlungsgeschehen auch das links-antiimperialistische Milieu eine Rolle: Ihm wurden 13 % der Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen zugeordnet (15 Fälle). Auch diese Vorfälle beinhalteten häufig Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus (siehe dazu den entsprechenden Abschnitt in Kapitel 6.3 Politisch-weltanschauliche Hintergründe). Übergreifend findet sich der Slogan „From the river to the sea, Palestine will be free“. Diese Forderung nach einem freien Palästina vom Fluss bis zum Meer – also vom Jordan bis zum Mittelmeer – derealisiert „den jüdischen Staat Israel als Verwirklichung des jüdischen Rechts auf politische Selbstbestimmung. Bildlich findet sich die Forderung in Darstellungen von Landkarten eines angestrebten palästinensischen Staates wieder, in denen Israel kein Platz als eigenständige politische Einheit zugestanden wird.

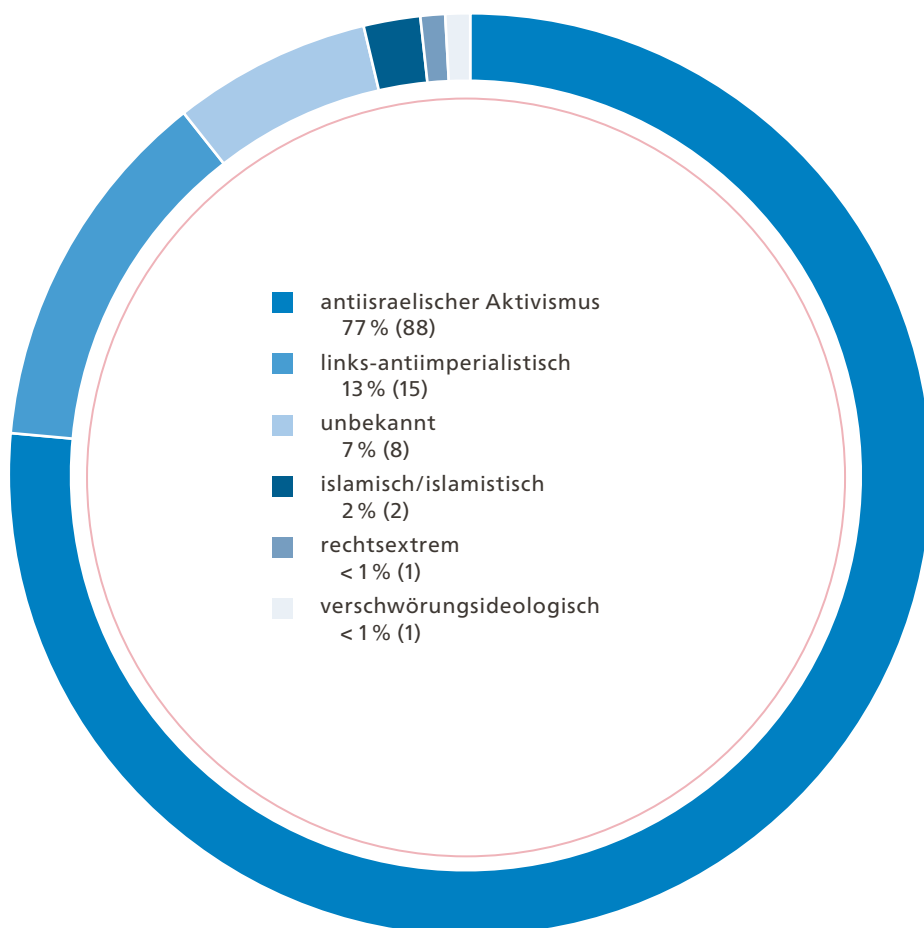
4 Julius Gruber, Bianca Loy und Daniel Poensgen, Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober: Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland (RIAS Working Papers 1/2023) (Bundesverband RIAS, 2024), https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf.



Stuttgart, 7. Oktober 2025 Plakat auf einer Demonstration, das eine Landkarte in den Farben der Palästinaflagge, zeigt. Die Landkarte umfasst das Staatsgebiet Israels. Die Existenz Israels wird dadurch derealisiert. Darunter der Slogan „Free Palestine Free Gaza“.

Bild: Instagram

Politisch-weltanschauliche Hintergründe von Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen 2025



Gruppen des antiisraelischen Aktivismus und links-antiimperialistische Akteure nutzten auch Versammlungen, die anderen Themen gewidmet waren und keinen direkten Bezug zum 7. Oktober und/oder zum darauffolgenden Krieg aufwiesen, für die antisemitische Agitation.

Konstanz, 8. März 2025 Auf einer „Demonstration zum feministischen Kampftag“ steuerte die Gruppe Revolutionäre Linke Konstanz einen Redebeitrag bei, in dem sie die Frauenemanzipation von der Auflösung Israels abhängig machte und den jüdischen Staat und den Zionismus dämonisierte und delegitimierte. Die Aussage „Zionismus ist antifeministisch“ berücksichtigte weder den jüdischen Feminismus noch Frauenrechte in Israel. Auch wurde die jüdische Nationalstaatsbewegung, die unterschiedlichste – teils widerstreitende – politische Strömungen umfasst, pauschal als Unterdrückungssystem dargestellt um sie als Ganzes zu dämonisieren. Die Behauptung, die „Befreiung der Frau vom Kapital und Patriarchat ist ohne die Befreiung der Palästinenserin vom Zionismus nicht möglich“, stellte Zionismus als zentrale und vorrangig zu bekämpfende Ursache verschiedener Unterdrückungsverhältnisse dar. Am „feministischen Kampftag“ wurde damit Jüd:innen das Recht auf politische Selbstbestimmung abgesprochen. Mit dem Slogan „Nieder mit dem Patriarchat und Kapitalismus, nieder mit dem Faschismus und Zionismus“ wurde zur Vernichtung Israels aufgerufen. Vonseiten dem breiten Demonstrationsbündnis, dem unter anderem das Feministische Antifaschistische Kollektiv und die Ortsgruppe von Amnesty International angehörte, gab es keinen Protest und keine Distanzierung.

Mannheim, 1. Mai 2025 Zur Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 1. Mai 2025 mobilisierten die Gruppen Zaytouna Rhein-Neckar-Kreis, Free Palestine Mannheim und Students for Palestine Heidelberg zum „Palästina Block“. Dort wurde der Sprechchor „Einig gegen Zionisten, Siedler, Mörder und Faschisten“ gerufen. Durch diese Feindmarkierung von „Zionisten“, wurde das Recht auf politische Selbstbestimmung von Jüdinnen:Juden abgesprochen, ein Recht, das anderen Gruppen wie selbstverständlich eingeräumt wird. Auch kam es zu Gewaltaffirmationen: Mit Bezug auf die Raketenangriffe gegen Israel durch die Huthi-Miliz wurde die Parole „Jemen, Jemen zeigt, wie's geht, das ist Solidarität“ gerufen. Auch die Parole „Intifada, intifada, long live the intifada“ wurde skandiert. Bei der ersten und zweiten Intifada hatten Palästinenser:innen zahlreiche Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung mit Hunderten von Toten verübt.

In Mannheim fanden mit Abstand die meisten Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen in Baden-Württemberg statt. Mit 33 waren dies 29% der registrierten Versammlungen. Zu bedenken ist dabei, dass antiisraelische Akteure im Rhein-Neckar-Raum – Heidelberg (fünf Vorfälle, 4 %) und Mannheim – wie im

obigen Beispiel zusammenarbeiteten. An zweiter und dritter Stelle folgten Stuttgart mit 18 (16 %) und Freiburg im Breisgau mit 17 (15 %) Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen.

6.5 Themenschwerpunkt Bildungseinrichtungen

40 Vorfälle registrierte RIAS Baden-Württemberg in Bildungseinrichtungen. Damit liegt diese Kategorie auf Platz drei der am häufigsten dokumentierten Tatorte. Bildungseinrichtungen stellen einen besonders relevanten Untersuchungsbereich dar. Sie sind Orte sozialer Prägung, in denen stabile Beziehungen, Zugehörigkeiten und soziale Netzwerke entstehen. Zudem ist ihr Besuch obligatorisch oder für bestimmte Bildungsabschlüsse nötig. Deshalb kommt ihnen im Alltag eine große Bedeutung zu. Laut der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) „[berichten] [v]iele jüdische oder antisemitismuskritische [...] Studierende von Unsicherheit, Rückzug und einer Atmosphäre, die von Unwissen, Gleichgültigkeit oder Ablehnung dominiert wird“.⁵

Hochschulen

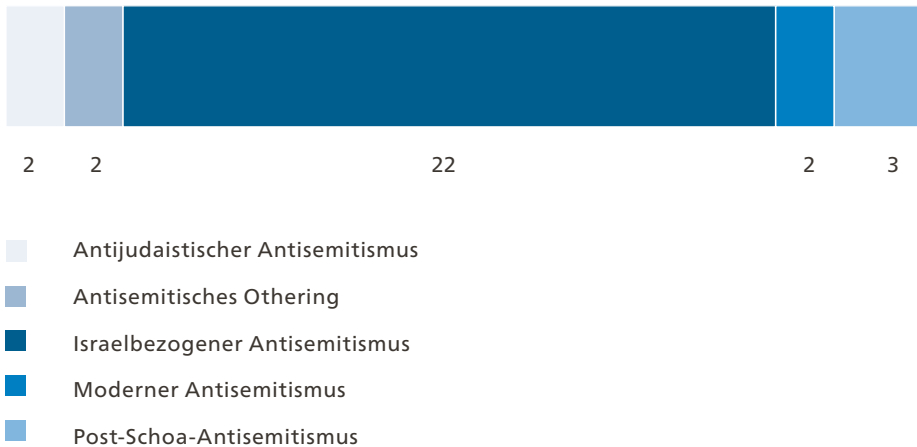
60 % der am Tatort Bildungseinrichtung dokumentierten Vorfälle sind der Unterkategorie Hochschule zuzurechnen (24 Vorfälle). Neben jenen am Tatort Hochschule werden in diesem Abschnitt auch Vorfälle beschrieben, die sich an anderen Tatorten, aber mit Bezug zu Hochschulen ereigneten. Dazu zählen zum Beispiel Vorfälle in studentischen Chatgruppen, von RIAS dem Tatort Internet zugeordnet; Wegen ihres inhaltlichen und sozialen Bezugs zu Hochschulen werden auch sie im Folgenden berücksichtigt. Damit ergibt sich eine Gesamtzahl von 29 dokumentierten Vorfällen im Hochschulkontext.

Online, 4. Oktober 2025 Israel hat kein Recht zu existieren“, schrieb eine Person in den Gruppenchat eines Studierendenwohnheims, im Streit mit zwei israelischen Austauschstudierenden. Damit delegitimierte sie den jüdischen Staat und sprach ihm das Existenzrecht ab. Unterstrichen wurde diese Position mit digitalen „Fuck Israel“-Aufklebern. Weitere Chatteilnehmende stimmten

5 Jüdische Studierendenunion Deutschland, Wissenschaftsfreiheit verteidigen heißt Antisemitismus bekämpfen: Forderungskatalog der Jüdischen Studierendenunion Deutschland gegen Antisemitismus an Hochschulen (JSUD, 2025), 26, <https://www.jsud.de/post/forderungskatalog-gegen-antisemitismus-an-hochschulen> (JSUD-Webseite mit dem Download-Link).

der antisemitischen Aussage zu. Dem Streit vorausgegangen war ein „Free Palestine“-Aufkleber, mit dem die besagte Person auf Beiträge der beiden israelischen Austauschstudierenden – zu einem völlig anderen Thema – reagiert hatte. Der Vorfall ereignete sich wenige Tage vor dem Jahrestag des 7. Oktober.

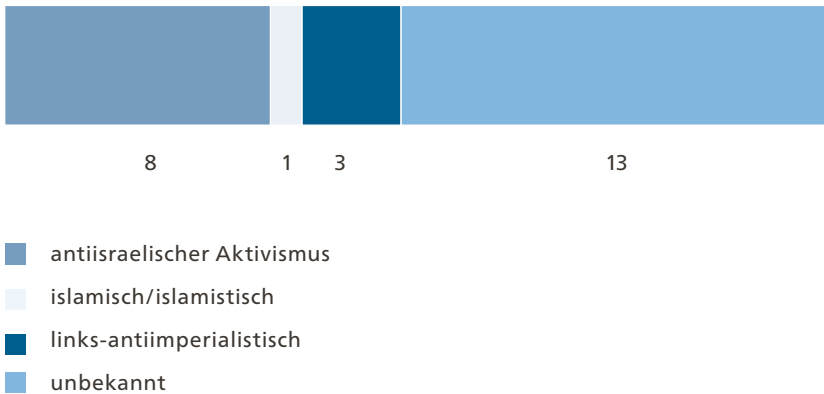
Erscheinungsformen und Bildungseinrichtungen



Im Hochschulkontext dokumentierte RIAS Baden-Württemberg zumeist Vorfälle, die der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus zugerechnet werden konnten; dies war bei 25 Vorfällen der Fall. Überwiegend handelte es sich dabei um Schmierereien, Sticker und Flugblätter. Aber auch Fälle antisemitischen Otherings wurden dokumentiert.

Regierungsbezirk Freiburg, 4. November 2025 Auf einer Semestereröffnungsveranstaltung ging eine jüdische Studierende zum Stand der lokalen Studierendenvertretung. Ein dortiger Standbetreiber sagte, sie dürfe am Gewinnspiel nicht teilnehmen, weil sie einen Davidstern als Halskette trage. Keine:r der umstehenden Standbetreiber:innen intervenierte. Die betroffene Person kam später zusammen mit einer weiteren jüdischen Person, die am Gewinnspiel teilnehmen wollte, erneut zum Stand; auch sie trug eine Davidstern-Halskette. Nach erteilter Erlaubnis gewann diese Person einen Preis. Der Standbetreiber, der zuvor die Teilnahme der ersten Person untersagt hatte, kommentierte, die beiden hätten gewonnen, weil Juden alles kontrollieren würden. Darauf erwiderte die zweite betroffene Person, dass sie solche Kommentare nächstes Mal nicht mehr hören wolle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



Der politisch-weltanschauliche Hintergrund kann bei 15 Vorfällen im Hochschulkontext nicht klar zugeordnet werden und ist unbekannt. Sieben Vorfälle lassen sich dem antiisraelischen Aktivismus zuordnen.

Vorfälle an Hochschulen wurden in den Städten Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau, Konstanz, Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg und Furtwangen im Schwarzwald dokumentiert. Die meisten dokumentierten antisemitischen Vorfälle im Kontext von Hochschulen in Baden-Württemberg entfielen auf Universitäten (25 von 29).



Tübingen, 7. August 2025 An den Toilettenkabinenwänden der Bibliothek der Universität Tübingen wurde die antisemitische Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ angebracht – ein Slogan, der die Zerstörung des jüdischen Staates fordert. An einer Wand fand sich zusätzlich der terrorverherrlichende Slogan „Yallah Intifada“. (Zu diesen oder ähnlichen Slogans siehe auch das Kapitel 6.4 Themenschwerpunkt Versammlungsgeschehen.)

Bild: Privat

Schulen

15 antisemitische Vorfälle an Schulen wurden 2025 an RIAS Baden-Württemberg gemeldet. In sieben Fällen war die betroffene Person jüdisch, in zwei weiteren Fällen israelisch, und in einem Fall war der Hintergrund unbekannt.

Regierungsbezirk Freiburg, 22. Januar 2025 Auf dem Schulhof wurde ein jüdisch-israelischer Schüler von einem Mitschüler angeschrien, dies vor einer großen Anzahl von anderen Schulkindern. Unter anderem wurde er gefragt: „Wie fühlt es sich an, jeden Tag 1 000 Babys zu töten?“ Der betroffene Schüler wurde aufgefordert sich für das vermeintliche Handeln der israelischen Regierung vor der Schulgemeinschaft zu rechtfertigen.

Regierungsbezirk Karlsruhe, 28. Januar 2025 In einer 11. Klasse an einer Berufsschule zeigte ein Schüler im Religionsunterricht den Hitlergruß. Im Unterricht waren zuvor die Befreiung von Auschwitz und die Schoa behandelt worden. Die Lehrkraft thematisierte dies im Unterricht als Fehlverhalten und schickte den Schüler zum Schulleiter. Da der Schüler seine Handlung bedauerte, entschied sich die Schule, von einer Anzeige abzusehen und den Schüler stattdessen im Sinne des Erziehungsauftrags für einen Tag von der Schule zu suspendieren.

Bei zwei Vorfällen handelte es sich um Angriffe. In beiden Fällen wurden jüdische Schüler:innen von ihren Mitschüler:innen angegriffen, ohne dass jemand einschritt.

Antisemitismus sichtbar machen und Betroffene stärken

Unterstützen Sie jetzt unsere Arbeit!

Antisemitismus bedroht jüdisches Leben: Unsere Arbeit bleibt dringend notwendig.

Die RIAS Melde- und Dokumentationsstellen erfassen in den vergangenen Jahren eine konstant hohe Zahl antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Schmierereien, Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe sind für Jüdinnen:Juden allgegenwärtig. Viele dieser Vorfälle würden ohne RIAS nicht bekannt werden. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene und Zeug:innen antisemitischer Vorfälle auf verlässliche Melde- und Unterstützungsangebote zählen können!

Wir dokumentieren Vorfälle, unterstützen Betroffene und machen Entwicklungen sichtbar – unabhängig, systematisch und bundesweit.

Ihre Spende macht einen Unterschied! Sie sorgt dafür, dass Erfahrungen mit Antisemitismus nicht unsichtbar bleiben.



<https://report-antisemitism.de/donate/>

Impressum

Herausgeber:innen

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen
Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) und
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
Baden-Württemberg

Hospitalstraße 36, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 228 3621

Stuttgart, 1. Auflage, Juli 2026

Dieser Jahresbericht kann auf
www.rias-bw.de kostenfrei herunter-
geladen werden.

V.i.S.d.P. Benjamin Steinitz,
Bundesverband RIAS

Konzept und Redaktion RIAS Baden-Württemberg

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Lektorat Dr. Julia Roßhart

Bildnachweis Sofern nicht anders angegeben,
verbleiben die Bildrechte bei RIAS Baden-Württemberg.
Auf den folgenden Seiten verbleiben die Bildrechte
bei den jeweils angegeben Urheber:innen: Auf dem
Umschlag bei Maheshkumar Painam, unsplash

Urheberrechtliche Hinweise © 2026
RIAS Baden-Württemberg. Alle Rechte vorbehalten.
Diese Publikation wird für nicht kommerzielle
Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die
Herausgeber:innen behalten sich das Urheberrecht
vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch
in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher
Zustimmung der Herausgeber:innen gestattet.
Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben
und ein Belegexemplar an RIAS Baden-Württem-
berg geschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem
Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen
formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität
der Informationen übernehmen die Herausgeber:in-
nen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links
zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen
Einfluss haben. Deshalb können wir für diese
fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.
Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten
Webseiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen
oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Bundesverband
RIAS die Verantwortung. Die Veröffentlichung
stellt keine Meinungsäußerung des Ministeriums für
Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württem-
berg, des BMBFSFJ oder des BAFzA dar. Für
inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen
tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung
die Verantwortung.

Schutzgebühr Es wird keine Schutzgebühr erhoben.

Gender-Doppelpunkt RIAS Baden-Württemberg
benutzt den Gender-Doppelpunkt, um alle
Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzu-
stellen. Der Doppelpunkt stellt den Zwischenraum
für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-
geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die
Originalschreibweisen in Zitaten sowie in
Gastartikeln werden beibehalten. Bei Personen
und Gruppen, die einer Ideologie anhängen, in
der die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten
aufgrund eines patriarchalen, homophoben,
queerfeindlichen und/oder antifeministischen
Weltbildes kategorisch abgelehnt wird, wird der
Gender-Doppelpunkt dennoch verwendet.



RIAS Baden-Württemberg
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen
und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle
über **report-antisemitism.de** melden.

report-antisemitism.de

facebook.com/riasbw

instagram.com/rias_bw

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Baden-Württemberg ist Teil des Demokratie-
zentrums Baden-Württemberg. RIAS Baden-Württemberg wird finanziert durch das Ministerium
für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag von
Baden-Württemberg beschlossen hat. RIAS Baden-Württemberg wird gefördert im Rahmen des
Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMBFSFJ).



Finanziert durch



Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Arbeit und Gesundheit

und gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**